

# »... dann wird die Rente nicht mehr das sein, was sie vielleicht für meine Eltern noch ist«

Alterssicherung und Alterssicherungspolitik aus Sicht der Bevölkerung



Sorglos in die Rente?

Das deutsche Rentensystem und der Generationenvertrag sind unter Druck geraten. Demografische Verschiebungen, anhaltende Massenarbeitslosigkeit sowie die Übertragung des westdeutschen Systems der Altersvorsorge auf die neuen Bundesländer führten zu einem Paradigmenwechsel in der Alterssicherungspolitik. Durch die mit der Riester-Förderung eingeführte private Altersvorsorge, das Alters-einkünftegesetz und die 2006 beschlossene sukzessive Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im Jahre 2029 sind die rentenpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen vorerst zu einem Abschluss gekommen. Der Generationenvertrag, nach dem »der Anspruch der Rentner auf Sicherung ihres Lebensstandards und der Anspruch der Beitragszahler auf Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit gleichermaßen beachtet werden müssen«<sup>11</sup>,

wurde somit durch die Stärkung der privaten und betrieblichen Vorsorge und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ergänzt.

## Das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung

Grundsätzlich zeigen die Gruppendiskussionen, dass die gesetzliche Rentenversicherung nach wie vor als zentraler Baustein für die Alterssicherung angesehen wird [siehe »Wie nimmt die Bevölkerung diese Umgestaltung auf«, Seite 63]. Anhaltende Probleme sorgen allerdings für ein negatives Bild, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der gesetzlichen Rentenversicherung zeichnen. Dies lässt den Schluss zu, dass das Vertrauen in die Rentenversicherung eher gering ausgeprägt ist. Dieser Befund bestätigt sich in der Repräsentativbefragung, bei der alle Zweige der Sozialversicherung beurteilt werden

sollten. Während das ebenfalls umstrittene Gesundheitswesen sowie die gesetzliche Unfallversicherung recht hohes Vertrauen genießen und der sozialen Pflegeversicherung immerhin die Hälfte der Befragten Vertrauen schenkt, wird die Rentenversicherung überwiegend negativ eingeschätzt; hier zeigen etwa zwei Drittel der Bevölkerung nur geringes oder gar kein Vertrauen. **1**

Der Grund für dieses Ergebnis liegt weniger in der Leitidee der Rentenversicherung: Dem Umlageverfahren, nach dem die laufenden Renten aus den gleichzeitig gezahlten Beiträgen ohne Bildung eines Kapitalstocks gebildet werden, wird von über drei Vierteln der Bevölkerung zugestimmt, und das Versicherungsprinzip, nach dem höhere Beiträge zu höheren Altersrenten führen, halten gar über 90 Prozent für eher beziehungsweise vollkommen gerecht. Das Misstrauen ist

vielmehr in der Angst um die zukünftige Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung begründet. Die Reformen, deren Ziel die Stabilisierung und Nachhaltigkeit des Rentensystems war, betrachten über 70 Prozent als nicht ausreichend. Die anhaltende – und mitunter populistisch geführte – Debatte über »Rentenlöcher« und die Verunsicherung darüber, ob die private Vorsorge notwendig ist, tragen hierzu vermutlich zusätzlich bei.

**Die Entwicklung von staatlicher und privater Vorsorge**

Dass weniger die Grundprinzipien der Rentenversicherung, sondern vielmehr die konkreten Leistungen Ursache für das geringe Vertrauen sind, zeigt die kritische Beurteilung der derzeitigen finanziellen Absicherung im Alter: Nur ein Drittel

eigentlich noch wissen, was sie machen sollen und wie wenig ... wirklich Vertrauen da ist, dass das, was man irgendwo einzahlt, ... welche Angaben das immer sind, auch gut verwendet werden.«

Fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger geht darüber hinaus in Zukunft von einem viel niedrigeren Lebensstandard im Alter aus als heute – auch dann, wenn alle Alterseinkünfte, also auch die aus einer betrieblichen oder privaten Altersvorsorge, berücksichtigt werden. Nimmt man die Kategorie »etwas niedriger« hinzu, sind fast 9 von 10 Bürgerinnen und Bürgern der Meinung, dass der Lebensstandard im Alter sinken wird. **2**

Viele Diskutanten gehen davon aus, dass die staatliche Verantwortlichkeit bei der Rente abnimmt. Sie rechnen künftig damit, dass es an-

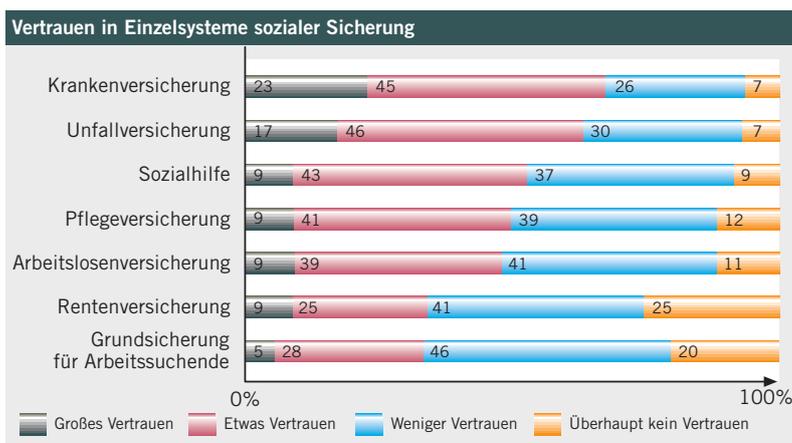


Charakteristisch ist auch die Aussage eines 26-jährigen Arbeitslosen aus Leipzig: »Also, ich bin der Meinung, ... wenn ich irgendwann mal in das Rentenalter komme, dann wird die Rente nicht mehr das sein, was sie vielleicht für meine Eltern noch ist. [...] sondern, das wird dann, ... die gesetzliche Rente wird eher ... so in Richtung Arbeitslosengeld II, ... oder wird so eine Art Grundsicherung darstellen ... und der Rest, das muss man sich dann quasi selber kümmern.«

Die Beurteilung der allgemeinen Lage steht allerdings in drastischem Widerspruch zu der Einschätzung, wie gut man sich später selber im Alter abgesichert fühlt. Obwohl generell für die Zukunft – wie auch internationale Vergleiche zeigen<sup>3/</sup> – mit einer deutlichen finanziellen Verschlechterung im Ruhestand ge-

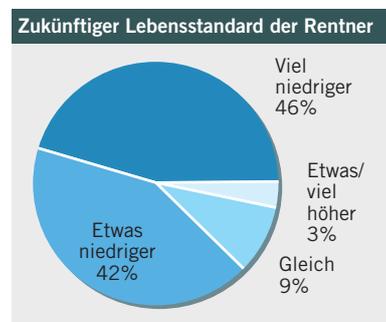
Wird der Lebensstandard im Alter sinken?

**1** Den Befragten wurden eine Reihe von Einrichtungen der sozialen Sicherung genannt, und sie sollten sagen, wie groß das Vertrauen ist, das sie der jeweiligen Einrichtung entgegenbringen.



der Bevölkerung sieht die heutigen Rentner als »eher gut« oder »gut« abgesichert an. Auch die Diskussionssteilnehmer zeigen eine geringe Zufriedenheit mit dem heutigen Versorgungsniveau: »Ja, aber es fühlt sich doch keiner mehr gut versorgt. Oder auch nicht gut geführt! Also, der Staat ... ich meine, das hat man ja bei der Wahl jetzt auch gesehen, wie wenig die Leute

stelle der gesetzlichen Rente nur noch eine »Grundversorgung« geben wird: »Also, ich glaube schon, [...] dass es irgendwann so kommen wird, dass es wirklich nur eine Grundversorgung geben wird ... dass einfach keiner auf der Straße leben muss, dass es eine gewisse Krankheitsvorsorge gibt, aber alles darüber hinaus sehr viel mehr in der privaten Hand liegen wird.«



**2** Die Frage lautete: »Was denken Sie für die Zukunft: Werden die Rentner – mal alle Alterseinkünfte zusammengenommen, also auch die betriebliche und private Vorsorge – einen viel höheren Lebensstandard haben als die heutigen Rentner, einen eher höheren, einen etwas niedrigeren oder einen viel niedrigeren, oder bleibt dieser gleich?«

**Wie nimmt die Bevölkerung diese Umgestaltung auf?**

Konkret untersuchen wir, ob mit den Veränderungen ein genereller Vertrauensverlust einhergeht, wie die zukünftige Entwicklung der Alterssicherung und die erforderlichen Eigenleistungen beurteilt werden und welche Reformwege Zuspruch finden. Als Datenbasis stehen vier leitfadengestützte Gruppendiskussionen in Frankfurt und Leipzig und eine 2006 bundesweit durchgeführte telefonische Repräsentativbefragung von 5000 Bundesbürgern zur Verfügung, mit deren Hilfe wir die Einstellungen der Bevölkerung zu unter-

schiedlichen sozialpolitischen Themen ermittelt haben. Dabei geht es nicht darum, die Einstellungen als wahr oder falsch zu klassifizieren, entscheidend ist, was und wie die Befragten über den Sozialstaat denken und ihn deuten. Alle Daten wurden im Rahmen des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) unterstützten Forschungsprojekt »Einstellungen zum Sozialstaat« erhoben, das von den Professoren Wolfgang Glatzer und Alfons Schmid geleitet wird.

rechnet wird, beurteilt eine knappe Mehrheit, dass ihre eigene Absicherung tendenziell gut aussieht. Offenkundig traut man sich selbst weit eher als der Allgemeinheit zu, die entstehende Versorgungslücke schließen zu können. Zu dieser Einschätzung passt, dass fast drei Viertel der Bundesbürger der Aussage zustimmen, es sei besser, wenn man einen größeren Teil der Altersvorsorge selbst regeln kann, da man sich dann die beste Anlageform auswählen könne. Die Forderung nach staatlicher Absicherung und das gleichzeitige Misstrauen gegenüber dem bestehenden staatlichen System führen zu dem Wunsch, die Altersvorsorge in stärkerem Maße eigenverantwortlich zu regeln.

### Die Akzeptanz von Reformmodellen der Rentenversicherung

Die Meinungen zur bisherigen Reformpolitik offenbaren tief sitzende Zweifel darüber, ob das Ziel, die gesetzliche Rente für die nächsten Jahrzehnte zu sichern, erreicht werden kann. Deshalb werden Riester-

Reicht die Alterssicherung auch noch für ein gutes Altenwohnheim?



### Reformvorschläge zur Alterssicherung

		Zustimmung	Ablehnung
Die derzeitigen Rentenhöhen sollten beibehalten werden, selbst wenn dies bedeutet, dass Steuern und Beiträge erhöht werden müssen	<b>Gesamt</b>	<b>49</b>	<b>38</b>
	Ost	49	36
	West	50	38
Die Beiträge sollten nicht erhöht werden, selbst wenn dies niedrigere Renten bedeutet	<b>Gesamt</b>	<b>41</b>	<b>44</b>
	Ost	42	41
	West	41	45
Das Rentenalter sollte erhöht werden, so dass die Menschen länger arbeiten und weniger Zeit im Ruhestand verbringen	<b>Gesamt</b>	<b>17</b>	<b>76</b>
	Ost	8	87
	West	19	74

Die Summe ergibt nicht 100 Prozent, da einige weder noch geantwortet haben.

Die Menschen wurden befragt, welchen Vorschlägen zur Reform der Rentenversicherung sie zustimmen beziehungsweise welche sie ablehnen.

Rente und andere Förderungsinstrumente als schlichte Notwendigkeit angesehen, um vorzusorgen.<sup>12/</sup> Viele Befragte sehen keine Alternative zur privaten Altersabsicherung. Die bisherige Reformpolitik zur Konsolidierung der Gesetzlichen Rentenversicherung, die mit der Aussage »Die gesetzliche Rente ist durch die bisherigen Rentenreformen nachhaltig für die nächsten Jahrzehnte gesichert worden« geprüft werden sollte, wurde von den meisten Diskutanten ablehnend

oder reserviert aufgenommen. Es gab kaum Zustimmung. Differenzierte Statements, wie »das Einzige, was an dieser Aussage sicher ist, dass man vielleicht durch diese Reformen für ein, zwei Jahre wieder sicher gestellt hat, dass Renten ausbezahlt werden können. Eben auch inklusive dieser Bundeszuschüsse« waren die Ausnahme.

Rentenreformen und Reformoptionen wurden überwiegend negativ kommentiert, einige Schlaglichter aus den Gruppendiskussionen: »Propaganda«, »zum Leben ... zu wenig und zum Sterben zu viel. Das ist, glaube ich, das, was die Leute so empfinden«, »den Leuten wird ... das vorgemacht. Den Leuten wird das vorgeschwindelt. So wie [...] bei Norbert Blüm« oder »für diese Feststellung sind ja gar keine ökonomischen Grundlagen da!«

Die Bevölkerung ist sich zwar weitgehend einig, dass die bisherigen Reformmaßnahmen das System nicht hinlänglich stabilisieren können; aber es besteht offensichtlich wenig Klarheit, wie der richtige Weg aus der Finanzierungsproblematik aussehen solle. Dies zeigt sich, wenn man die Bürger mit normativen Aussagen zu drei grundsätzlichen Reformansätzen konfrontiert, denn alle Reformalternativen erfahren relativ geringe Zustimmung. **3**

### Literatur

<sup>11/</sup> Ehrenberg, Herbert/Fuchs, Anke, (1981), Sozialstaat und Freiheit. Von der Zukunft des Sozialstaates, Frankfurt am Main.

<sup>12/</sup> Marschallek, Thomas, (2004), Die »schlichte Not-

wendigkeit« privater Altersvorsorge zur Wissenssoziologie der deutschen Rentenpolitik, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 33, H. 4, S. 285–302.

<sup>13/</sup> Bieber, Ulrich und Stegmann, Michael, (2005), Ein-

stellungen zur Alterssicherung im internationalen Vergleich – Eine Bestandsaufnahme der Datenquellen und Forschungsergebnisse, in: Deutsche Rentenversicherung, H. 4–5, S. 273 ff.

<sup>14/</sup> Hinrichs, Karl, (2000), Auf dem Weg zur Alterssicherungspolitik – Reformperspektiven in der gesetzlichen Rentenversicherung, in: Stephan Leibfried/Uwe Wagschal (Hrsg.): Der deutsche Sozialstaat. Bi-

lanzen – Reformen – Perspektiven, Frankfurt am Main, S. 276–305.

<sup>15/</sup> Bulmann, Thomas, (2004), Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge in Deutschland. Vorsorgebe-

reitschaft, Vorsorge-niveau und erwartete Absicherung im Alter, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 1, S. 29–54.

Am ehesten wird noch der Vorschlag begrüßt, die derzeitige Rentenhöhe beizubehalten, selbst wenn dafür Steuern und Abgaben erhöht werden müssen. Man hätte annehmen können, dass dieser Vorschlag in den neuen Bundesländern eine deutlich größere Zustimmung als in den alten findet, da in Ostdeutschland eine umfassende Absicherung bevorzugt wird. Tatsächlich zeigt sich jedoch kaum ein Unterschied in den Antworten. Anscheinend wird das Problem hoher Beiträge, die zu hohen Arbeitskosten und damit einer Verringerung der Nachfrage nach Arbeit führen, im Osten ebenso gesehen wie im Westen – in beiden Landesteilen unterstützt die Hälfte der Bevölkerung diesen Vorschlag.

Der zweite Änderungsvorschlag, die Beiträge nicht zu erhöhen und dafür niedrigere Renten in Kauf zu nehmen, findet bundesweit eine geringere Zustimmung. Während ihn 41 Prozent tendenziell begrüßen, lehnen ihn 44 Prozent eher oder voll ab. Der Vorschlag, das

Renteneintrittsalter zu erhöhen – mit der Konsequenz, dass sich die Rentenbezugsdauer verringert, während sich die Zeit der Beitragszahlungen verlängert, wird dagegen am deutlichsten abgelehnt. So sieht weniger als ein Fünftel der Bundesbürger hierin einen praktikablen Ansatz.

#### Fazit

Der rentenpolitische Paradigmenwechsel von »der Rentenversicherungspolitik«<sup>14/</sup> scheint Politik, Medien und Leistungsanbietern insofern gelungen, als dem Staat eine alleinige Zuständigkeit für die Altersvorsorge nicht mehr zugemutet wird. Die Bevölkerung hält zwar an den Funktionsprinzipien der Rentenversicherung fest, hat zurzeit aber das Vertrauen in das bestehende Rentensystem größtenteils verloren. Dieser Zustand, der sich nachhaltig in den Einstellungen zur Alterssicherung widerspiegelt, korreliert mit der vorhandenen Einsicht in die Notwendigkeit eigener Alters-

vorsorge, die als pragmatisches Handeln zu verstehen ist.<sup>15/</sup> Das deutsche Rentensystem hat die Umbrüche der letzten Jahre verkraftet – bei den Menschen bestehen jedoch Zweifel, ob die vorgenommenen Konsolidierungsmaßnahmen das Rentensystem nachhaltig stabilisiert haben. Es besteht mehr als nur ein Vermittlungsproblem. Die Reformen widersprechen in Teilen den rentenpolitischen Auffassungen vieler Bürgerinnen und Bürger. Offen ist, wie lange dieser – für deren Einstellungen zum Sozialstaat negative – Befund fort dauert. ♦

#### Die Autoren

**Dr. Jens Becker**, 43, studierte Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Frankfurt; er promovierte 2000 an der Justus Liebig-Universität in Gießen mit einer politischen Biografie über den KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler und ist seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Einstellungen zum Sozialstaat.«

**Oliver Nüchter**, 37, studierte Soziologie an der Universität Frankfurt. Nach seiner Magisterprüfung 1999 arbeitete er als Arbeitsmarktforscher und ist seit 2005 ebenfalls als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Einstellungen zum Sozialstaat« tätig.

Anzeige

## IHR JOB: DIE VISION

## UNSER JOB: DIE MARKTREIFE UMSETZUNG

EINE UNTERNEHMENSGRÜNDUNG ODER EINE PRODUKTEINFÜHRUNG MUSS GRÜNDLICH VORBEREITET WERDEN. NUR SO KÖNNEN SIE ALS UNTERNEHMER IHRE CHANCEN NUTZEN, RISIKEN RICHTIG EINSCHÄTZEN UND REDUZIEREN.

DIESE SCHAFFUNG VON CHANCEN UND MINIMIERUNG VON RISIKEN IST UNSERE AUFGABE. WIR UNTERSTÜTZEN SIE BEI DER KOMMERZIELLEN BESCHREIBUNG IHRES PRODUKTES, ENTWICKELN DEN NÖTIGEN MARKETINGPLAN UND BEGLEITEN SIE BEI DER KOMPLETTEN MARKTEINFÜHRUNG.

DIE RINKER CONSULTING GMBH UNTERSTÜTZT SIE ABER NICHT NUR BEI DER ENTWICKLUNG VON NEUEM, SONDERN STELLT SICH IHNEN AUCH BEI DER VERBESSERUNG VON LAUFENDEN GESCHÄFTSABLÄUFEN ZUR SEITE. EINE SICHTUNG DES VORHANDENEN UND DESSEN STÄNDIGE FORTSCHRIBUNG IST HEUTE UNVERZICHTBAR.

RINKER CONSULTING GMBH  
UNTERNEHMENSGRUPPE

WEITERE INFORMATIONEN ODER TERMINVEREINBARUNGEN  
UNTER (0 69) 75 60 75 25 ODER WWW.RINKER-CONSULTING.DE

